

Mehr Unterkünfte für eine Armee im Einsatz

Soldaten und Soldatinnen der Bundeswehr sind keine Angestellten eines Sicherheitsunternehmens, sondern sie dienen der Sicherheit unseres Landes. Der Dienstherr, die Bundesrepublik Deutschland, bildet sie aus, stellt Unterkunft, Verpflegung, Ausrüstung und Fürsorgeleistungen bereit und schickt sie in die Einsätze. Diese Grundhaltung hat durch die fehlgeleiteten Reformen unter den Ministern zu Guttenberg und de Maizière Risse bekommen. Mittlerweile fehlt es fast an allem, an Ausrüstung, an Ausstattung, insbesondere fehlt es aber an verfügbaren Unterkünften. Theoretisch ist für jeden Soldaten, unabhängig von Altersgrenzen oder Verpflichtungszeiten ein Bett innerhalb der Kaserne vorzuhalten. Diese Maxime gilt für eine Wehrpflichtarmee ebenso wie für eine Freiwilligenarmee.

Gerade in einer Zeit, wo die klassische Landes- und Bündnisverteidigung mit anderen Anforderungen an Bereitschaftszeiten und Verlege-Geschwindigkeiten wieder stärker in den Fokus rückt, kommt der Bereitstellung von Unterkünften eine besondere Bedeutung zu.

Wir fordern das Bundesministerium der Verteidigung auf, ein Konzept zu erstellen, wie bei Alarmierungen und besonders angeordneten Bereitschaftsübungen dem Grundsatz: „Jedem Soldaten ein Bett“, entsprochen werden kann.

Eine deutlich größere Herausforderung ist die Bereitstellung von adäquaten Pendlerunterkünften, die der Realität einer Pendlerarmee Rechnung trägt. Erste Schritte dazu wurden durch die Bundesministerin der Verteidigung bereits eingeleitet. Absehbar ist, dass die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen, um die Bundeswehr bei der Versorgung mit Unterkünften zu einem attraktiv Arbeitgeber zu machen. Einem Soldaten auf Zeit für vier Jahre ist nicht geholfen und schwer vermittelbar, wenn in fünf Jahren das Bauprojekt für seine Pendlerunterkunft endlich abgeschlossen ist.

Hier brauchen wir flexible, dezentrale Wege, die die Bedürfnisse und Gegebenheiten vor Ort berücksichtigen und sich an den konkreten Forderungen der Nutzer vor Ort ausrichten. Lösungsansätze gibt es bereits: Eigenbetrieb durch die Bundeswehr, Genossenschafts- und Vereinslösungen – ähnlich wie die bisherigen Offizierheim- und Unteroffizierheimgesellschaften, Bauträger mit Festbeträgen und Vorgaben bezüglich Leistungserbringung und maximaler Mietkosten, Betrieb durch das Bun-

deswehr-Sozialwerk, welches bei Gebäudemanagement und Unterbringung über langjährige, umfassende Erfahrung verfügt und seine Leistungsfähigkeit dazu bereits nachgewiesen hat oder ein Rahmenvertrag mit einem kommunalen Anbieter.

Wichtig ist, dass zum Schluss die bestmögliche Lösung für die Beschäftigten der Bundeswehr steht. Daher fordern wir das Bundesministerium der Verteidigung auf, dem Deutschen Bundestag zeitnah darzulegen, wie eine beschleunigte Deckung des Pendlerunterkunftbedarfs mit adäquatem und bezahlbarem Wohnraum erfolgen soll.

Die Steigerung von verfügbaren Pendlerunterkünften für Soldaten wird eine entscheidende Stellschraube für mehr Attraktivität in der Bundeswehr bedeuten.

Darüber hinaus fordern wir, bereits ausgeplante und/oder laufende Infrastrukturprojekte konsequent umzusetzen und zügig abzuschließen. Hier muss dem kontinuierlichen Baufortschritt oberste Priorität eingeräumt werden. Neu- bzw. Umplanungen bereits begonnener Projekte dürfen nicht durch spätere, zusätzliche Bedarfsanforderungen wieder zu Verzögerungen führen. Spätere, zusätzliche Bedarfsanforderungen sind in einem eigenen Planungsprozess ohne Auswirkungen auf die bereits begonnenen Infrastrukturprojekte zu betrachten.